

Editorial

Erfolgreiche Stabilisierungspolitik in der Krise: Auf den Erfahrungen der Vergangenheit aufbauen!

Österreich bewältigt die Krise bislang relativ gut

Europa befindet sich im fünften Jahr der tiefen Finanz- und Wirtschaftskrise. Deren Auswirkungen zeigen sich auch in Österreich bei wichtigen wirtschaftlichen Daten deutlich: Die Zahl der registrierten Arbeitslosen liegt inklusive der SchulungsteilnehmerInnen im heurigen Jahr um 65.000 höher als 2007; die Verschuldung der öffentlichen Haushalte ist infolge der Krise von 60% des BIP im Jahr 2007 auf etwa 74% gestiegen.

Dennoch ist Österreich deutlich besser durch die Finanzkrise gekommen als die meisten anderen Mitgliedsländer der Europäischen Union: Die Wirtschaftsleistung liegt 2012 real um fast 4% höher als 2007. Dieser Anstieg ist zwar im Vergleich mit der Vergangenheit sehr bescheiden, doch in Relation zum Durchschnitt der EU-Länder beeindruckend, denn dort verharrt das BIP nach wie vor um etwa 1% unter dem Vorkrisenniveau. Die Zahl der Beschäftigten übersteigt das Niveau von 2007 um nahezu 4%, in der EU liegt sie um 1 1/2% darunter. Die Arbeitslosenquote erreicht laut Labour Force Survey der EU mit 4% der Erwerbspersonen den niedrigsten Wert aller EU-Länder; sie liegt damit etwa gleich hoch wie vor der Krise. Demgegenüber verzeichnet die EU einen Anstieg um mehr als 3 Prozentpunkte bei weiter deutlich steigender Tendenz. Die Arbeitslosenquote der 15- bis 24-Jährigen liegt in Österreich bei 8%, zusammen mit Deutschland der niedrigste Wert in der EU. Beim Budgetdefizit unterschreitet Österreich als eines von nur sechs Ländern der Währungsunion den Referenzwert des Maastricht-Vertrages von 3% des BIP, das Niveau und vor allem der Anstieg der Staatsverschuldung seit 2007 zählen zu den niedrigsten in der Währungsunion.

Diese Werte sind günstiger als in den meisten anderen EU-Ländern, aber kein Grund zum Feiern: Denn die wirtschaftliche Entwicklung ist alles in allem schwach, und das Niveau von Arbeitslosigkeit und Staatsschulden zu hoch. Diese Probleme müssen der heimischen Wirtschaftspolitik einen Anlass zu erheblicher Sorge und einen klaren Auftrag zur Suche nach geeigneten Lösungsmöglichkeiten bieten. Doch das kann aus einer Position der relativen Stärke heraus erfolgen, und

aus der Analyse der Ursachen des bisherigen Erfolges im Vergleich zu anderen EU-Ländern lassen sich auch brauchbare Schlussfolgerungen für die Lösung der anstehenden Probleme ziehen.

Temporäre Reduktion des Arbeitsangebots besonders erfolgreich

Der österreichische Arbeitsmarkt hat sich traditionell in Rezessionen als relativ stabil und robust erwiesen, die Unternehmen haben in konjunkturellen Schwächephasen immer versucht, die Arbeitskräfte zu halten. Die günstige Performanz des Arbeitsmarktes in wirtschaftlichen Krisenperioden hat wesentlich dazu beigetragen, dass das Niveau der Arbeitslosigkeit auch über den Konjunkturzyklus hinweg niedriger war als in den meisten anderen EU-Ländern, nicht nur während der besonders erfolgreichen Periode des Austrokeynesianismus von den frühen 1970er-Jahren bis Mitte der 1990er-Jahre, sondern auch seit dem österreichischen Beitritt zur Europäischen Union.

Dieser beschäftigungspolitische Erfolg konnte in der Rezession 2009 wiederholt werden. In diesem Jahr ist die gesamtwirtschaftliche Produktion real um nahezu 4% gesunken. Gleichzeitig ist die Zahl der Beschäftigten nur um 1½% zurückgegangen, und die Arbeitslosenquote hat sich um einen Prozentpunkt erhöht. Wichtig waren in diesem Zusammenhang vor allem die Kurzarbeit, der Abbau von Überschüssen in den Stundenkonten, die Inanspruchnahme bestehender Urlaubsansprüche und das Instrument der Bildungskarenz. Ein erheblicher Teil des infolge des markanten Produktionsausfalls drohenden Anstiegs der Arbeitslosigkeit wurde durch die mit dem Einsatz dieser Instrumente verbundene deutliche, aber temporäre Reduktion des Angebots an Arbeitskräften bei gleichzeitiger Aufrechterhaltung der Beschäftigungsverhältnisse abgefangen. Insgesamt dürfte durch verschiedene sozial- und wirtschaftspolitische Maßnahmen das Angebot an Arbeitskräften 2009 um etwa 3% verringert worden sein. Das ist der Kern des beschäftigungspolitischen Erfolgs der österreichischen Wirtschaftspolitik in der Krise.

Die Verringerung des Arbeitskräfteangebots war in der Industrie besonders stark ausgeprägt. Dort ist im Konjunktureinbruch die Produktion um 15% zurückgegangen. Doch der Abbau der Beschäftigung konnte auf 5% beschränkt werden. Gleichzeitig sind die geleistete Arbeitszeit je Beschäftigten um 3½% und die Stundenproduktivität um gut 7% gesunken. Das hat einen markanten Anstieg der Arbeitslosigkeit vor allem in der Stammbelegschaft hintangehalten. Hingegen haben sich alle Befürchtungen bezüglich der Leiharbeit bestätigt: Diese führt nicht zu sicherer Beschäftigung bei wechselnden Arbeitgebern, sondern verlagert das Risiko auf die ArbeitnehmerInnen. Die Beschäftigungsanpassungen wurden auf dem Rücken der Leiharbeitskräfte aus-

getragen. Die Bemühungen der Gewerkschaften, stabilere Arbeitsmarktbedingungen für die Leiharbeitskräfte zu erreichen, sind deshalb sehr gut begründet.

Aufgrund der Stabilisierung der Beschäftigung der Stammbeschäftigung durch flexible Reduktion der Arbeitszeit waren in der konjunkturellen Erholungsphase, die Mitte 2009 einsetzte, rasch qualifizierte Arbeitskräfte verfügbar. Die Produktionsausweitung ging zunächst mit einer Ausweitung der geleisteten Arbeitszeit und langsam auch mit einem Anstieg der Beschäftigung einher. Im Sommer 2012 lag die Zahl der Beschäftigten in der Sachgütererzeugung mit etwa 580.000 noch um knapp 3% niedriger als zum Konjunkturmehrpunkt 2007/8.

Noch erfolgreicher in der Stabilisierung der Industriebeschäftigung war nur Deutschland. Dort war das Ausmaß des Rückgangs der geleisteten Arbeitszeit durch die besonders großzügig öffentlich geförderte Inanspruchnahme von Kurzarbeit und dem Einsatz anderer Instrumente innerbetrieblicher Flexibilität noch stärker ausgeprägt. Der deutsche Arbeitsmarkt profitiert zudem vom demografisch bedingten Rückgang der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter, der den Arbeitsmarkt deutlich entlastet. Das ermöglicht auch Problemgruppen auf dem Arbeitsmarkt die Aufnahme oder den Erhalt der Beschäftigung und zeigte sich selbst während der Krise deutlich im beeindruckenden Rückgang der Arbeitslosigkeit unter Jugendlichen und im markanten Anstieg der Erwerbsquote der Älteren.

Österreich kann nicht auf eine Entlastung durch die Demografie zählen. Im Gegenteil, die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter steigt wegen der regen Zuwanderung kräftig und wird das auch noch längere Zeit tun. Angesichts dieser Ausweitung des Erwerbspotenzials ist die Verhinderung des Anstiegs der Arbeitslosigkeit in der Finanz- und Wirtschaftskrise umso beeindruckender. Zusätzlich zu den genannten Instrumenten trugen zu diesem Erfolg auch die umfangreichen, kostspieligen, aber sehr wirksamen Programme der Förderung von Jugendbeschäftigung und -ausbildung bei. Mit ihrer Hilfe gelang es, einen Anstieg der Arbeitslosigkeit bei den 15- bis 19-Jährigen weitgehend zu vermeiden. Auch der kontinuierliche Ausbau des Angebots an sozialen Dienstleistungen hat während der Krise wesentlich zur Entlastung des Arbeitsmarktes beigetragen. Die Ausweitung der Verfügbarkeit an Plätzen in Kindergärten und Krippen, in Ganztagschulen und Nachmittagsbetreuung sowie im Pflegebereich entspricht den immer wieder geäußerten Bedürfnissen der Bevölkerung, schafft gleichzeitig aber auch in besonders gezielter und effizienter Weise neue Arbeitsplätze, vor allem für Frauen.

Die Erfahrung der Beschäftigungspolitik in der Krise lassen in Deutschland wie in Österreich erhebliche Unterschiede in der Relation

von geschaffenen oder erhaltenen Arbeitsplätzen zum Umfang der budgetären Kosten zwischen verschiedenen Maßnahmen erkennen: Am erfolgreichsten waren jene wirtschaftspolitischen Aktivitäten, die direkt an der Beschäftigung angesetzt haben. Das betrifft die gezielte und zeitlich begrenzte Subventionierung von Beschäftigung (Kurzarbeit) und die direkte Schaffung von Beschäftigung (soziale Dienstleistungen). Viel weniger effizient waren jene Maßnahmen, bei denen auf die indirekte Beschäftigungsförderung gehofft wurde: etwa durch die Senkung von Steuern, die zu einer Erhöhung der verfügbaren Einkommen, damit der Nachfrage, schließlich der Produktion und der Beschäftigung führte. Denn hier floss ein wesentlicher Teil der aufgewendeten Mittel in Ersparnisse und Importe und wurde somit nicht beschäftigungswirksam. Auch die Ausweitung mancher öffentlicher Investitionen in ausgegliederten Bereichen (Asfinag, ÖBB, BIG) ist nur mit erheblicher zeitlicher Verzögerung gelungen.

Der Sozialstaat stabilisiert die Erwartungen und die Gesamtwirtschaft

Das wichtigste stabilisierende Element für die gesamtwirtschaftliche Nachfrage bildete der Sozialstaat. Er hat in der Finanzkrise der Jahre 2008/09 wesentlich dazu beigetragen, das Abgleiten in eine Depression im Ausmaß der 1930er-Jahre zu verhindern. Das Sozialversicherungssystem und aktive sozialpolitische Maßnahmen dämpften nicht nur die Krisenfolgen für die unmittelbar Betroffenen, sondern federten den gesamtwirtschaftlichen Konjunkturerinbruch ab.

Als besonders wirksam erwiesen sich die automatischen Stabilisatoren: Der Rückgang der Beschäftigung und der Anstieg der Arbeitslosigkeit dämpften vor allem die Einnahmen an Sozialversicherungsbeiträgen und lösten zusätzliche staatliche Ausgaben in der Arbeitslosenversicherung aus. Geringeres Aufkommen an Abgaben und steigende Sozialtransfers ließen ein Defizit in der Sozialversicherung und im Budget entstehen, erhöhten damit aber gleichzeitig die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte. Damit stabilisierten sie die Konsumausgaben und die Konjunktur. Die Wirkung der automatischen Stabilisatoren ist umso höher, je progressiver die Finanzierung des Sozialstaates und je höher die Ersatzraten der Sozialtransfers sind. Kontinentaleuropäische Sozialstaaten wie Deutschland und Österreich sowie besonders skandinavische Wohlfahrtsstaaten wie Dänemark und Schweden weisen deshalb eine viel stärker stabilisierende Wirkung des Sozialsystems auf als die süd- und osteuropäischen Staaten oder die USA mit ihrem ungenügend entwickelten Sozialschutz.

Die automatischen Stabilisatoren wurden um diskretionäre Maßnah-

men wie die Ausweitung der Sozialtransfers und anderer sozialpolitischer Maßnahmen ergänzt. Besonders effektiv waren die Ausweitung der aktiven Arbeitsmarktpolitik und der Ausbau sozialer Dienstleistungen. In den skandinavischen Ländern hat die Ausweitung der öffentlichen Beschäftigung auf kommunaler Ebene und im Bildungssystem eine besonders wichtige Rolle gespielt.

Die stabilisierende Wirkung des Sozialstaates geht jedoch noch weit über die genannten Maßnahmen hinaus, denn das Sozialschutzsystem beeinflusst ganz wesentlich die Erwartungen: Steigt die Arbeitslosigkeit und wächst in einer Krise die Unsicherheit bezüglich der künftigen Entwicklung von Arbeitsmarkt und Einkommen, dann neigen viele Menschen zu einer Ausweitung des Sparanteils an ihrem Einkommen. Macht sich dieses Angstsparen breit, dann kommt es zu einer gefährlichen Verschärfung der Krise. Denn die Folge ist ein Rückgang der Konsumausgaben, damit der Produktion von Gütern und Dienstleistungen und der Beschäftigung. Das kann einen konjunkturellen Teufelskreis nach unten auslösen. Die Stabilisierung der Einkommen durch das Sozialversicherungssystem und die Bereitschaft des modernen Sozialstaates, aktiv die Krise zu bekämpfen, stabilisieren die Erwartungen und verhindern Angstsparen. Dadurch halten in Österreich die Haushalte im Fall eines konjunkturbedingten Rückgangs der verfügbaren Einkommen typischerweise ihre Konsumnachfrage aufrecht. Diese Reaktion war in der Finanzkrise besonders stark ausgeprägt. Von 2007 bis 2012 ist die Konsumnachfrage der privaten Haushalte real um 4% gewachsen, während sie im Durchschnitt der EU-Länder um 1% zurückging. Die stabile Konsumnachfrage kommt in einer zyklischen Entwicklung des Sparanteils am verfügbaren Einkommen zum Ausdruck: In der Krise im Jahr 2009 ist dieser um 1¼ Prozentpunkte gesunken und – laut derzeitigem Datenstand – seither um weitere drei Prozentpunkte zurückgegangen. Das ist wahrscheinlich der quantitativ bedeutendste Beitrag zur wirtschaftlichen Stabilisierung.

Der gravierend höhere Staatseinfluss stellte in der Bekämpfung der Rezession 2008/2009 den wichtigsten Unterschied zur Depression der 1930er-Jahre dar. Damals war der Staatsanteil an der Wirtschaft gering, der Sozialstaat noch kaum entwickelt und die Bereitschaft zur aktiven konjunkturpolitischen Gegensteuerung absent oder sehr gering. Heute beträgt der Staatsanteil an der Wirtschaftsleistung in Österreich wie in den meisten anderen Ländern der EU etwa 50%; die Sozialausgaben erreichen knapp 30% des BIP. Der europäische Sozialstaat hat in der Wirtschaftskrise – trotz der enormen Unterschiede zwischen den Ländern – nicht nur die soziale und wirtschaftliche Lage der Menschen stabilisiert, sondern auch einen noch tieferen Einbruch der Konjunktur verhindert.

Zur Stabilisierung der Konsumnachfrage haben in der Rezession 2008/9 in Österreich auch die recht kräftigen nominellen Lohnzuwächse, der niedriger als erwartet ausgefallene gesamtwirtschaftliche Preisauftrieb, die Ausweitung von Sozialtransfers an Familien und PensionistInnen und die Senkung der Belastung durch Einkommensteuern beigetragen. Die letztgenannte Maßnahme hat direkt wahrscheinlich wenig marginale Konsumeffekte ausgelöst, aber die klare Bereitschaft der Wirtschaftspolitik dokumentiert, auf den Konjunktureinbruch antizyklisch zu reagieren und damit rasch vertrauensbildend gewirkt.

Die Bedeutung antizyklischer Wirtschaftspolitik wurde in den letzten Jahren in der akademischen Wissenschaft und der Wirtschaftsforschung oft heruntergespielt, da und dort wurden ihr sogar schädliche Wirkungen zugemessen. Doch dabei wurde völlig übersehen, dass sie nicht nur direkt die Nachfrage stabilisieren kann, sondern vor allem zur Schaffung von Vertrauen beiträgt, Unsicherheiten verringert und so die Gesamtwirtschaft stabilisiert. Schon das glaubwürdig vorgetragene Bekenntnis zu keynesianisch ausgerichteter antizyklischer Wirtschaftspolitik kann dadurch das Ausmaß von Rezessionen deutlich abmildern. Wesentlich trägt dazu auch das Institutionensystem bei. Es schafft stabile Bedingungen, in deren Rahmen sich flexibel reagieren lässt: Neben dem Sozialstaat ist hierfür in Österreich auch die konsensorientierte Stimmung im Kern der Wirtschafts- und Sozialpartnerschaft noch immer von Relevanz.

Darauf weist auch die rasche – allerdings nur temporäre – konjunkturelle Erholung von Mitte 2009 bis Mitte 2011 hin: Die Belebung der weltweiten Nachfrage konnte in Österreich dank einer wettbewerbsfähigen Industrie, der gelungenen Arbeitszeitpolitik, der auch dadurch vorhandenen gut ausgebildeten Facharbeitskräfte und funktionierender Arbeitsbeziehungen im Bereich der Kollektivverträge besonders gut genutzt werden. Gerade der für Österreich traditionell besonders wichtige Vorteil gut koordinierter Lohnpolitik ist derzeit wegen der versuchten Aufsplitterung der Kollektivvertragsrunde in der Metallindustrie gefährdet. Hier werden Partikularinteressen zum Schaden der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung verfolgt.

Die Konjunktur neuerlich im Abschwung

Derzeit trüben sich allerdings die konjunkturellen Rahmenbedingungen für Österreich wieder merklich ein. Für das zweite Halbjahr muss mit einer konjunkturellen Stagnation und einem weiteren Anstieg der Zahl der Arbeitslosen gerechnet werden. Der weitere Ausblick ist von hoher Unsicherheit geprägt, und die Risiken einer Rezession sind erheblich. Die Abschwungkkräfte kommen von den europäischen Han-

delspartnern. Die österreichische Wirtschaft, in der etwa 37% der wirksamen Nachfrage nach den produzierten Gütern und Dienstleistungen aus dem Ausland und der überwiegende Teil davon aus der EU stammen, kann sich ihnen nicht entziehen. Ursache für die konjunkturelle Eintrübung ist die ungenügende Krisenlösungskompetenz auf europäischer Ebene. Die anhaltend labile Lage des Bankensystems und vor allem die viel zu restriktive Budgetpolitik, die unter den Vorgaben der europäischen Instanzen in den Krisenländern Südeuropas betrieben wird, verringern die gesamtwirtschaftliche Nachfrage in der gesamten Union. Die Wirtschaft der EU befindet sich bereits in einer Rezession, die Industrieproduktion weist seit Ende 2011 deutlich nach unten, die Zahl der Arbeitslosen steigt Monat für Monat um etwa 200.000. Die konjunkturellen Abwärtssignale haben sich im Sommer 2012 in Europa nochmals verstärkt.

Das Ausmaß des Abschwungs ist derzeit nicht vorhersehbar. Ringen sich Geld- und Fiskalpolitik auf europäischer Ebene zu mehr Pragmatismus durch, so kann es begrenzt werden. Dafür wären erstens weitere quantitative Maßnahmen der EZB insbesondere durch den Ankauf von Staatsanleihen notwendig, um die Hindernisse für die Wirksamkeit der Geldpolitik zu beseitigen. Zweitens müssten weitere fiskalische Austeritätsmaßnahmen in den Krisenländern, die mit der konjunkturbedingten Verschlechterung der Budgetsalden argumentiert werden, unbedingt verhindert werden. Denn die wirtschaftliche Stabilisierung bildet eine notwendige Voraussetzung für das Gelingen einer mittelfristig angelegten Konsolidierungspolitik. Drittens bedarf es rascher expansiver beschäftigungspolitischer Impulse auf europäischer Ebene, besonders in der Bekämpfung der horrend hohen Arbeitslosigkeit unter Jugendlichen.

Gelingt das nicht und zerbricht deshalb die Währungsunion, dann würde es zu schweren ökonomischen und sozialen Verwerfungen kommen. Denn die Folge wären chaotische Entwicklungen, verbunden mit hoher Unsicherheit und schwerwiegender Vertrauenskrise. Erneute Bankenkrisen wären unausweichlich. Diese Verwerfungen würden nicht nur die Krisenländer treffen, sondern auch die Hartwährungsländer. Ein Auseinanderfallen der Währungsunion würde dort sofort zu einer starken Aufwertung gegenüber den Südländern führen und zudem die Gefahr eines starken Aufwertungsdrucks gegenüber dem US-Dollar und dem asiatischen Währungsraum mit sich bringen. In der Folge würden die exportorientierte Industrie und damit die Gesamtwirtschaft in eine tiefe Rezession geraten. Sie wäre mit einem weiteren Anstieg von Staatsschulden und Arbeitslosigkeit verbunden und könnte leicht in einer konjunkturellen Abwärtsspirale münden.

Österreich muss schon in eigenem Interesse auf eine europäische

Lösung pochen, um ein Auseinanderfallen der Währungsunion zu verhindern. In jüngster Zeit haben die Wahlen in Frankreich jene politischen Kräfte gestärkt, die sich mittels einer aktiven, keynesianisch inspirierten Wirtschaftspolitik gegen die Desintegrationsprozesse wehren, den sozialen Zusammenhalt fördern und die Arbeitslosigkeit bekämpfen wollen. Österreich muss diese Kräfte unterstützen, denn je größer die Zahl der Länder, die gemeinsame Wirtschafts- und Währungspolitik betreiben, desto höher die Chance auf Vermeidung chaotischer makroökonomischer Verhältnisse. Die heimische Wirtschaft braucht diese stabilen internationalen Rahmenbedingungen, nicht nur wegen der Kleinheit des Wirtschaftsraumes und der damit verbundenen starken Abhängigkeit von der Außenwirtschaft, sondern auch aufgrund des hohen gesamtwirtschaftlichen Risikos, das mit dem Engagement der heimischen Banken in Osteuropa verbunden ist.

Unabhängig davon, ob die konjunkturelle Abschwächung mild oder scharf ausfällt, ist die Wirtschaftspolitik gefordert. Auf Basis der stabilisierungspolitischen Erfahrungen der Vergangenheit, insbesondere in der Rezession 2008/9, können wichtige Hinweise für ein vernünftiges Handeln gewonnen werden.

Ein Rückgang der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage wäre mit einer raschen Verschärfung des Anstiegs der Arbeitslosigkeit verbunden. Die Erfahrungen zeigen, dass es schwierig ist, einmal entstandene Arbeitslosigkeit wieder zu verringern und dass daraus hohe wirtschaftliche, soziale und budgetäre Kosten entstehen. Das Trachten der Wirtschaftspolitik muss es also sein, bereits in einer Frühphase gegen das Entstehen von Arbeitsplatzverlusten einzuschreiten. Das legt expansive Reaktionen der Wirtschaftspolitik nahe. Doch schränkt das hohe Ausgangsniveau der Staatsschulden den expansiven Spielraum der Fiskalpolitik erheblich ein.

Unter diesen Rahmenbedingungen sind für Österreich mehrere Schlussfolgerungen zu ziehen. Erstens, die Politik muss direkt auf die Stabilisierung der Zahl der Arbeitsplätze abzielen, weil dies den effizientesten Mitteleinsatz in der Sicherung der Beschäftigung darstellt und gesamtwirtschaftlich in besonderem Maß vertrauensbildend wirkt. In diesem Zusammenhang wären Maßnahmen zu ergreifen, die vor allem in der Exportindustrie die Arbeitsplätze möglichst erhalten, gleichzeitig aber das Ausmaß der geleisteten Arbeitszeit je Arbeitskraft an die Produktion anpassen. Eine rasche und flexible Ausweitung von arbeitszeitpolitischen Maßnahmen und deren Verknüpfung mit Maßnahmen der Fort- und Weiterbildung wäre in diesem Zusammenhang besonders wichtig.

Zweitens wären Maßnahmen zu forcieren, die das Arbeitskräfteangebot auch in anderen Sektoren temporär reduzieren. Dazu könnte ein

Ausbau der Bildungskarenzen, v. a. ihre Ausweitung auf Bevölkerungsgruppen mit fehlenden Bildungsabschlüssen, und die Verstärkung der Programme der Jugendausbildung ebenso beitragen wie die Verlängerung der Ausbildungszeit und generell die rasche Ausweitung der vorhandenen Plätze in Aus- und Weiterbildung.

Drittens müssen Maßnahmen der Förderung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage, die auf indirekte Beschäftigungseffekte abzielen, angesichts der budgetären Engpässe streng auf jene Bereiche beschränkt bleiben, in denen ein mehrfacher Nutzen in Form von besonders hohen Beschäftigungswirkungen, zusätzlicher Stabilisierung der Erwartungen und Steigerung des langfristigen Wohlstandes zu erzielen ist. Das gilt für eine Ausweitung des sozialen Wohnbaus und einzelne Maßnahmen des ökologischen Umbaus der Wirtschaft wie die energetische Sanierung des Hausbestandes.

Viertens kann eine Stabilisierung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage auch ohne Ausweitung des Budgetdefizits erreicht werden: In einer Situation der Unterauslastung muss das unterschiedliche Ausmaß der Nachfrageeffekte von Steuererhöhungen und Ausgabenausweitungen berücksichtigt werden. Eine Erhöhung des Aufkommens an Steuern, die vor allem Einkommensgruppen mit hoher Sparneigung treffen, erhöht bei gleichzeitiger Ausweitung der Ausgaben die gesamtwirtschaftliche Nachfrage, ohne das Budgetdefizit auszuweiten. In einzelnen Mitgliedsländern der EU wird begonnen, Spitzensteuersätze in der Einkommensteuer und die Besteuerung von Vermögensbeständen und -erträgen zu erhöhen. Das ist sinnvoll und sollte möglichst koordiniert von mehreren Mitgliedsländern gemeinsam in Angriff genommen werden. Dadurch wird Spielraum für gezielte Erhöhungen von Ausgaben für Beschäftigungsprojekte geschaffen.

Fünftens muss auf die stabilisierende Wirkung des Vertrauens in den Sozialstaat gesetzt werden. Der Funktionsfähigkeit des Sozialversicherungssystems kommt dabei hohe Bedeutung zu. Auch die immer wieder genannten Reformnotwendigkeiten im Sozialstaat stärken seine stabilisierende Wirkung: Die Betonung von sozialen Sachleistungen gegenüber Geldleistungen, die Förderung der Arbeitsfähigkeit der Menschen und die Verbesserung der Arbeitsbedingungen.

Mit derartigen Rezepten könnte sich Österreich neuerlich erfolgreich gegen eine Verschärfung der wirtschaftlichen und sozialen Krise stemmen. Die Überwindung der Finanz- und Wirtschaftskrise selbst kann jedoch nur auf Basis erfolgreicher europäischer Zusammenarbeit gelingen. Denn auf europäischer Ebene können das Finanz- und Bankensystem erfolgreich reguliert und neue Elemente eines sozialen Ausgleichs und einer aktiven Beschäftigungspolitik etabliert werden. Österreich braucht deshalb eine aktive Europapolitik.